

Zeitschrift:	Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber:	Schweizerisches Ost-Institut
Band:	1 (1960)
Heft:	17
Rubrik:	Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Westpolen, Land ohne Menschen

Polnische Presse greift Vernachlässigung der Güter in den ehemals deutschen Landwirtschaftsgebieten an

Der Zustand der Landwirtschaft in den Westgebieten Polens, wo grosse Weideflächen noch ungenutzt vom «Staatlichen Bodenfonds» verwaltet werden, hat nun die Aufmerksamkeit der polnischen Presse auf sich gezogen.

Zum Teil misstrauen die Bauern, denen Pacht zu äusserst günstigen Bedingungen angeboten wird, der Regierung, die chronisch Kollektivierungspläne aufgreift; zum Teil misstrauen sie der politischen Lage; zum grössten Teil aber ist es so, dass wegen bürokratischer Komplikationen der Bodenfonds 15 Jahre nach dem Krieg noch nicht dazu gekommen ist, das Land richtig an Bauern zu übergeben.

Vier Mitglieder der Redaktion der «Gazeta Zielonogorska» befreiten kürzlich das Gebiet «Tausende von Hektaren ...

sind noch nicht einmal vermesssen», stellten sie fest. «Hier und dort arbeiten neue Staatsgüter. Von Zeit zu Zeit kommen Bauern aus Zentralpolen in die Wiesenlandschaft, um Heu zu machen, mit dem sie zurückkehren.»

Pläne gibt es genug; die Funktionäre haben sich geradezu übertroffen, berichten sie weiter. Sichtbare Ergebnisse gibt es kaum.

«Bauern ... pachten zu ihrem Gut noch Hektaren hinzu und handeln mit Heu. Mähen, Gras trocknen und Heu verkaufen ist eben ein kürzerer Produktionszyklus als die Aufzucht von Kübern.»

Je nach Kreisen schwankt nach dem Bericht die Rinderzahl pro 100 Hektaren landwirtschaftlicher Nutzfläche zwischen 23 und 37 Stück. «Nur eins ist sicher», schliesst der Bericht: «Das grüne Becken wartet darauf, bewirtschaftet zu werden.»

KREML SIEHT NUR, WAS ER WILL

Reaktion auf Misserfolg in Kairo beweist: In Moskau sind Zorn und Freude immer berechnet, nie spontan

Westliche Beobachter stellten an der zweiten afro-asiatischen Wirtschaftskonferenz in Kairo mehrere Rückschlüsse für den Ostblock fest; aber Radio Moskau pries am 4. Mai die «Einmütigkeit, die alle Teilnehmer in den wichtigsten Grundsatzfragen vereinte».

Der Sender erwähnte nicht, dass die Konferenz den asiatischen Sowjetrepubliken die Vollmitgliedschaft in der Afro-asiatischen Organisation für wirtschaftliche Kooperation (AAOEC) verweigerte, deren Gründung beschlossen wurde. Die Ablehnung löste heftige Proteste der rotchinesischen und anderer kommunistischer Delegationen aus.

Nach der fünftägigen Konferenz, die am 4. Mai zu Ende ging, berichtete der rotchinesische Delegierte Nan Han-chen (laut «Neues China», 5. Mai): «Wir protestierten gegen die Wahl von Soebchan, Indonesien, als Vizepräsident der Konferenz; er ist gegen den Geist der afro-asiatischen Zusammenarbeit.» Radio Moskau erwähnte den Protest nicht, betonte, die Konferenz sei «vom Geist von Bandung durchdrungen» gewesen. Der Sender meldete ferner Lob-

reden über «die echt humanen und desinteressierten Prinzipien der Hilfe, die den afro-asiatischen Ländern durch die sozialistischen Länder, vor allem die Sowjetunion, gewährt wird.»

Diese Reden wurden von kommunistischen Delegierten gehalten, während nichtkommunistische Vertreter durch ihren Vorschlag eines afro-asiatischen Investment-Fonds und einer Erleichterung der Kapitalzufuhr von internationalen Institutionen den Wunsch nach Finanzhilfe auch aus dem Westen manifestierten.

Rotchinas Nan Han-chen sagte dazu: «Wir widersetzen uns entschieden dem Vorschlag für eine afro-asiatische Investition-Vereinigung. Wir müssen uns vor getarnten imperialistischen Plänen der wirtschaftlichen Aggression hüten.»

«US-Hilfsprogramme werden verwendet, um wirtschaftliche Aggression zu tarnen.»

Radio Moskau pries die AAOEC als «Beitrag zur raschen wirtschaftlichen Befreiung der afro-asiatischen Länder», ein deutlicher Unterschied zur Haltung der Sowjetunion gegenüber anderen regionalen Wirtschaftsgruppen. Die Sowjetunion ist nicht Mitglied der AAOEC.

Sofia ist Radio-aktiv

18 Stunden täglich Sendung in 11 Sprachen in die Welt

Radio Sofia sendet täglich 18 Stunden in elf Sprachen ins Ausland und unterhält einen Briefverkehr mit 6100 Personen in aller Welt.

Die Angaben macht der leitende Auslandredaktor Vladov von Radio Sofia in einem Artikel in «Rabotnitschesko Delo».

Radio Sofia bearbeitet speziell den Balkan und die arabische Welt. Ein Teil der Sendungen jedoch wird speziell für Südamerika, Mexiko, Australien und Neuseeland ausgestrahlt. Dazu kommen Sendungen in bulgarischer Sprache für bulgarische Emigranten im Ausland.

BURMA VERZICHTET AUF SOWJETPRUNK-PROJEKTE

Die burmesische Regierung hat beschlossen, auf zwei sowjetische «Geschenkprojekte», nämlich ein Theater für 1800 Personen und ein Sportstadion für 50 000 Personen mit Ausstellungshalle, zu verzichten. Die Projekte seien «teils zu teuer, teils unnötig».

Es sind zwei der acht Projekte, für die Burma mit Reisexporten hätte bezahlen müssen.

Die Massnahme ist ein Prestige-verlust für die UdSSR, die grossen Wert darauf legt, neben der offiziellen Industrieaufbau-Hilfe Entwicklungsländer zur Annahme von Monumentalbauten zu überreden, welche dem Volk die Sowjethilfe plastisch vor Augen führen sollen.

Türkei-Echo: Moskau milde, Peking scharf

Menderes in Peking „ein Schossenhund der Imperialisten“ in Moskau „zur Stärkung der Freundschaft“ erwartet

Die Reaktion der Propagandaorgane des Ostblocks auf die Kundgebungen türkischer Studenten gegen die Regierung Menderes war bisher deutlich gespalten: Zurückhaltung in Moskau, Scharfmacherei in Ostberlin und Peking.

Radio Moskau sendete sachliche Berichte über die Manifestationen der Studenten, erwähnte gleichzeitig den bevorstehenden Austausch von Besuchen zwischen Menderes und Chruschtschew. Der Sender zitierte (am 2. Mai) die im Regierungsblatt «Iswestija» geäußerte Hoffnung, die Besuche würden «das sowjetisch-türkische Verständnis radikal verbessern».

Gleichzeitig rief ein türkischer Geheimsender auf ostdeutscher Wellenlänge, «Unser Radio», zum Aufstand auf: «Die Regierung Menderes muss gehen. Sie ist eine amerikanische Marionettenregierung.»

Die Pekinger Zeitung «Jen-min Ji-bao» erklärte am 1. Mai: «Die türkische Regierung ist eine faschistische Diktatur, und ihr Ministerpräsident eine amerikanische Marionette.»

Am 4. Mai demonstrierten in Peking (laut «Peking Review», 10. Mai) «über 50 000 junge Menschen ... für den patriotischen Kampf des türkischen Volkes gegen Menderes, Schossenhund des USA-Imperialismus.»

Am gleichen Tag schrieb «Jen-min Ji-bao»: «Eine wachsende patriotische Welle schlägt massiv gegen die Herrschaft der Vereinigten Staaten und ihrer Lakaien in der Türkei.»

«Der Fall der Türkei enthüllt den Schwund der US-Hilfe... (Diese) bringt schwere Lasten, Wirtschaftskrisen und Verarmung des Volkes.»

EINE BUNTE KOLLEKTION VON LENINPREISTRÄGERN

Der «Internationale Lenin-Preis für die Festigung des Friedens zwischen den Völkern» wurde folgender Auswahl internationaler Persönlichkeiten verliehen:

Sukarno, Präsident von Indonesien; Cyrus Eaton, Farmer und Reisebekannter Chruschtschew; Laurent Casanova, Mitglied des Präsidiums der französischen Friedensbewegung; Alexander Korneitschuk, sowjetischer Schriftsteller; Aziz Scherif, Generalsekretär des Nationalrates der irakischen Friedenskämpfer.

Die Sowjetunion betreibt zurzeit eine gewaltsame Expansion ihrer Hochseefischerei. Das Ziel: Die UdSSR bis 1965 vollständig mit selbstgefangenem Fisch zu versorgen.

In Island bestehen Zweifel an diesem Ziel. «Althydubladid», Organ der Sozialdemokraten, glaubt nicht, dass nur Versorgung des Inlandmarktes geplant sei. «Wird die UdSSR Grossexporte betreiben (zu Dumpingpreisen), wie sie es vordem mit Zinn, Aluminium und Öl getan hat? Was geschieht dann mit den isländischen Märkten? Bereits ist der sowjetische Fischfang so gestiegen, dass Gefahr besteht, dass die UdSSR keine isländischen Fische mehr braucht.»

(Island hat sich in den letzten Jahren wirtschaftlich stark an die UdSSR gebunden, wobei Fisch der grösste isländische Export war.)

Unser Memorandum

Die Erklärung von Staatssekretär Herten über den Zwischenfall mit der U-2-Beobachtungs-

maschine hat eine Schwäche: Sie gibt die Spionage zu und beschuldigt die Sowjets, durch Geheimhaltung und Weigerung des «Offenen Himmel»-Plans solche Informationsmethoden selbst verschuldet zu haben. Hier ist ein Kurzschluss, der keinem an wahrer Freiheit interessierten Bürger entgehen sollte: Mit diesem Argument können die Sowjets ihre Spionage in der Schweiz begründen. Auch wir haben ihnen die Geheimnisse unserer Armee nicht freiwillig gegeben, folglich dürfen sie sich mit andern Mitteln informieren. Der Unterschied liegt auf einer anderen Ebene: Von der Schweiz erwartet niemand, dass sie die ihr zustehende Geheimhaltung zu unsauberen Machenschaften gegen Dritte ausnützt. Von den Sowjets erwartet man es. Solange es aber keine unbedingt anerkannte internationale Rechtsbehörde gibt, welche die Welt ohne weitere Appellationsmöglichkeit in «Gute», denen man vertrauen kann, und «Böse», gegen die man mit Machtmitteln vorgeht, teilt, ist es äußerst gefährlich für einen Rechtsstaat, von sich aus mit solchen Kategorien zu operieren. Es drängt sich hier die Erinnerung an den Historiker Karl Meyer auf, der in den Kriegsjahren immer wieder auf die Gefahr der Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Diktatur hinwies: Durch den Zwang, gegen einen straffer geführten, weil die persönliche Freiheit der Bürger missachtenden Gegner operieren zu müssen, sieht sich die Demokratie ebenfalls zu strafferem Einsatz der Mittel und zu gewissen Rücksichtlosigkeiten gegen ihre Bürger gezwungen. Das Rechtsdenken wird dadurch von innen heraus verderbt und zugleich mit dem Gegner begräbt die Demokratie ihre eigene Substanz. Die Frage ist, ob das Vorhandensein eines starken Spielverderbers die andern Mitspieler berechtigt, ihrerseits nach Wunsch die Spielregeln umzustossen. Damit aber ist das ganze Zusammenleben der Völker in Frage gestellt. Es scheint in diesem Falle, dass eine Ausklammerung der letztlich

Curriculum der Woche

FROL ROMANOWITSCH KOZLOW

Sekretär des ZK der KPdSU (seit 4. Mai 1960). Geboren 1908, Kleinbauernsohn, 1923 Textilarbeiter und Komsomolmitglied, 1926 KP-Mitglied, Komsomolfunktionär, 1928 bis 1936 Arbeiterfakultät, Polytechnikum Leningrad, Ingenieur, 1940 bis 1944 Parteifunktionär im Innern, 1944 zu Arbeiten im ZK der KPdSU herangezogen, 1947 bis 1949 zweiter Sekretär, Gebietskomitee Kujbisew, 1949 Parteiorganisator Kirov-Werk Leningrad, von da an Aufstieg im Leningrader Apparat, dem persönlichen Animositäten gegen die «Ukrainer» der Umgebung Chruschtschews nachgesagt werden. 1952 Mitglied des ZK der KPdSU. (Das ZK hat circa 120 Mitglieder, ebenso viele Kandidaten, ein Präsidium von circa 12 bis 16 Mitgliedern und circa 6 bis 12 Sekretäre, welche die Macht ausüben. Red.) 1953 Erster Sekretär des Gebietsparteikomitees Leningrad. 1954 Mitglied des Organisationskomitees zur Feier 300 Jahre russisch-ukrainische Union. Auch 1954: Mitglied Präsidium Oberster Sowjet. 1955 Deputierter im Obersten Sowjet der russischen Unionsrepublik, 1956 in Redaktionskommission für 20. Parteikongress (KB, 11. Mai). Nach Kongress zahlreiche weitere Beförderungen: 1957 Kandidat, drei Monate später Vollmitglied, Präsidium KP der Sowjetunion (KPdSU). 1957 Delegierter zum Kongress der finnischen KP. Dezember 1957: Vorsitzender Ministerrat der russischen Unionsrepublik, März 1958 Erster Vizeministerpräsident der Sowjetunion (mit Mikojan), 4. Mai 1960: Sekretär des ZK.

verantwortlichen Staatsorgane der USA aus dieser Affäre weiser gewesen wäre. Der Beschluss des Präsidenten (falls es seiner war) den verantwortlichen Offizier zu decken, ehrt den ehemaligen General, zeugt aber nicht von viel völkerrechtlicher Klugheit des Präsidenten.

kurz

Im Belgischen Kongo verursachen die an der Konferenz in Brüssel von Gemässigten zeitweise verdrängten Extremisten Unruhen. Die Lage ist am Vorabend der Unabhängigkeit (30. Juni) äusserst verworren.

Im «Kupfergürtel» Nordrhodesiens kam es zu Unruhen. Afrikaner beschuldigen die weissen Selbstschutzvereine (KB, 4. Mai) der Provokation.

Mehrere Hundert rotchinesische Fachleute für Reisbau sind für längere Arbeit in den Dörfern Guineas vorgesehen.

Bei seinem Besuch in Kambodscha hat Tschu En-lai eine von Rotchina gebaute Radiostation und die auch mit chinesischer Hilfe gebaute modernste Sperrholzfabrik des Landes eingeweiht.

Die rotchinesische «Patriotische Katholische Vereinigung» hat Tschang Tchia-schu als Bischof von Schanghai gewählt. Die Wahl wird unabhängig vom Vatikan durchgeführt, «der unter amerikanischem Druck handelt». («Neues China», 7. Mai)

Radio Peking begann am 15. April Sendungen für Angola und Mozambique in portugiesischer Sprache durchzuführen.

In Bulgarien werden 1000 sowjetrussische Zeitungen und Zeitschriften in der Auflage von jährlich 10 Millionen Exemplaren verteilt («Transporten Glas», 30. April). Bulgarien zählt 7 614 000 Einwohner, gemäss Volkszählung 1956.

BRIEFE

Nochmals: Westeuropa-Uni

Muss (diese Universität) denn unbedingt in Europa errichtet werden, während ja Entwicklungsländer nicht in erster Linie Mangel an ausgebildeten Leuten haben, sondern Mangel an Universitäten, die solche Leute ausbilden... Die Universitäten — warum nur eine? — müssen in Afrika und Asien selbst errichtet und allmählich einheimischen Dozenten übergeben werden.

JÜRGEN MEYER, RIEHEN

Ihr Vorschlag, an unsere Ratsmitglieder... zu schreiben, wäre sicher viel mehr ausgeführt worden, wenn Sie Adressen angeführt hätten. Die wenigsten Leute kennen ein Mitglied der Bundesversammlung persönlich. Könnten Sie... im «klaren Blick» angeben, wie man zu den Adressen kommt?

ARMIN SCHIBLER, ZÜRICH

Die Liste kann bei der Eidgenössischen Drucksachenverwaltung (Bern 3) oder bei der Kantonskanzlei verlangt werden. Die Redaktion Ihrer Tageszeitung kann Ihnen ebenfalls einige angeben. Oder schreiben Sie einfach an diejenigen, für die Sie letztes Mal stimmten.

Red.

Auf einem Refusé

Wenn es Ihnen Spass macht, können Sie Ihren überflüssigen «Blick» weiterhin senden, hundertmal und mehr wird er refusiert werden.

HERBERT MEYER, LIEBEFELD-BERN
Es macht uns Spass.

Red.

Hurra- patriotismus



Der Zwischenfall mit der amerikanischen U-2 hat den sowjetischen Karikaturisten Gelegenheit gegeben, nicht nur in Spott und Galle, sondern auch in waschektem Hurrapatriotismus zu machen. Die «Prawda Ukrainy» vom 9. Mai brachte untenstehende Karikatur mit der Legende:

«... Diejenigen, welche mit der Waffe in der Hand in das Territorium unseres Staates eindringen, empfangen unser Volk immer mit der Waffe und vernichtete sie. Nicht umsonst lebt in unserem Volke seit langem der Spruch: „Wer mit dem Schwert zu uns kommt, wird durch das Schwert vernichtet.“ Chruschtschews Worte am 5. Mai 1960 an der Fünften Session des Obersten Sowjets.»